Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 73 (1979)

Heft: 10

Artikel: Offener Brief an die zürcherischen Pfarrer und Kirchenbehörden : die Motion Friedrich zur Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes - eine Herausforderung für die Kirchen

Autor: Religiös-Soziale Vereinigung (Zürich) / Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot / Christen für den Sozialismus (Zürich)

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142802

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Offener Brief
an die zürcherischen Pfarrer und Kirchenbehörden
Die Motion Friedrich zur Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes — eine Herausforderung für die Kirchen

Hunderttausende unschuldiger Menschen sind in letzter Zeit ermordet worden durch die Macht brutaler Tyrannen, Militärdiktatoren und rücksichtsloser Ausbeuter breiter Volksschichten.

Wir Schweizer sind stolz auf unsere Neutralität. Morden und Abschlachten überlassen wir andern. Aber auf den Profit, der aus dem damit verbundenen Waffengeschäft herausschaut, wollen wir nicht verzichten. Doch hinter dem Waffengeschäft stehen Opfer und das Blut von Menschen; und ohne diesen Hintergrund gäbe es kein Waffengeschäft.

Noch im Juli 1977 war Bundesrat Brugger mit einer über 30-köpfigen Delegation aus Verwaltung und Wirtschaft in Persien, um Bücklinge vor dem Schah zu machen. Persien hat in den letzten zehn Jahren Waffen im Wert von über 600 Millionen Franken aus der Schweiz erhalten, obgleich das Kriegsmaterialgesetz Lieferungen in Spannungsgebiete untersagt.

95 National- und über 30 Ständeräte haben die Motion Friedrich und Herzog zur Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes unterzeichnet. Eine solche Grundhaltung unserer Parlamentarier in einem Land, das sich christlich nennt, ist ein beschämender Skandal. Sie wird das Ansehen unseres Landes schwer schädigen.

Der Vorstoß wird vorwiegend mit der Sicherung von Arbeitsplätzen begründet. Das ist der Gipfel der Verlogenheit! Real beurteilt geht es in dieser Sache doch nur um den Profit! Im Waffengeschäft ist dieser weitaus am ertragreichsten. Wenn das Argument der Arbeitsplatzsicherung stichhaltig wäre, könnte man sich sinnvollere und billigere Möglichkeiten einfallen lassen. Bekanntlich zählt der Rüstungssektor zu den Branchen mit den größten Kapitalinvestitionen pro Arbeitsplatz.

Es ist zu hoffen, daß vor allem die kirchlichen Kreise und ihre Instanzen durch diese bedenkliche Grundhaltung in Regierung und Parlament aufgeschreckt und herausgefordert werden. Wir bitten Sie, sich mit allen Möglichkeiten gegen das Geschäft mit dem Tod einzusetzen.

Religiös-soziale Vereinigung, Gruppe Zürich
Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle
und ein Waffenausfuhrverbot
Christen für den Sozialismus, Zürich